

Gabu
Heindl

Radikale, rebellische Städte¹

Vom Roten Wien zu *sanctuary cities*

Was wird behaut, was bleibt unbehaut? Die Frage stellt sich unter folgender Voraussetzung: Wenn „Haus“ nicht nur Gebäude heißt, sondern wenn damit das Wohnen als ein gesellschaftliches, auch politisches Projekt gemeint ist – was kommt dann mit hinein in dieses Projekt, was bleibt ausgeschlossen? Mein Text geht von Errungenschaften wie auch von problematischen Ausschließungen in der kommunalpolitischen Wohnbaupraxis des sozialdemokratischen Roten Wien der 1920er Jahre aus: von der weltweit bis heute beachteten kommunalen Wohnbaupolitik, aber etwa auch der fehlenden Beziehung zu Basis-Demokratie und Eigeninitiative – was sich im Wiener Modell (sozialer Wohnbau von Gemeinde und Genossenschaften) bis heute hält.

Im heutigen Wien finden sich auf Wohnbaufassaden zwei sehr unterschiedliche Arten von Fassadenbeschriftungen, die sich jeweils direkt auf die beschrifteten Gebäude beziehen. Beide „Inschriften“ – bleiben wir bei diesem starken Wort – verkünden politische Siege, die in der Vergangenheit errungen wurden; in der weiteren oder in der jüngeren Vergangenheit. Die beschrifteten Gebäude „stehen“ nicht nur „für“ diese Siege; sie „stehen“ gewissermaßen auch deshalb in der Stadt (in der Rolle,

1 Der vorliegende Text basiert auf Teilen meines laufenden Buchprojekts *Stadtkonflikte. Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung* (Wien/Berlin: Mandelbaum Verlag 2020).

Radikale, rebellische Städte



1 „Owning without living in it“,
Rotenturmstraße/Hoher Markt
im 1. Wiener Bezirk, 2011

die sie im urbanen Gefüge spielen), weil diese Siege errungen wurden. Die eine, jüngere Siegesinschrift wendet sich auf Englisch an Passant*innen im öffentlichen Raum: „You don't have to live in these apartments to love Vienna, owning them will do.“ Es handelt sich dabei konkret um eine große Werbezeile auf der Gerüstplane einer Baustelle im Wiener Bezirk Innere Stadt (Abb.1). Sie soll Käufer*innen für die mitten im Zentrum von Wien liegenden Luxuswohnungen anwerben. Die Inschrift bewirbt die dahinter neu entstehenden Wohnungen; als neoliberale Werbebotschaft adressiert sie finanzstarke globale Investor*innen. Sie formuliert das aus, was der Markt schon weiß: dass das urbane (denkmalgeschützte) Zentrum Wiens ein mit den Zentren anderer Städte vergleichbar gutes Terrain für sichere Immobilien-Anlegeformen ist. Was wir hier zu lesen bekommen, ist die Verkündung eines Sieges investitionsfreundlicher, neoliberaler Politik in Sachen Kapitalisierung von öffentlichem Stadtraum; formuliert ist diese Siegesver-



2 Wohnbausteuer-Inschrift auf
Rabenhof, Gemeindebau im
3. Bezirk.

kündigung als ein dezidiert *postpolitisches* Statement: Es geht nur um Kultur und privatwirtschaftliche Ökonomie – um die Geschmackskultur des *loving Vienna*, um das *owning* einer Wohnung, die hier vor allem als ein Finanzprodukt erscheint. Was für manche vielleicht wie ein Fall von Ad-Busting oder bitterer Parodie klingen mag, ist durchaus ernst gemeint: Klar und deutlich bewirbt die Fassadeninschrift die neuen Anleger*innenwohnungen, die nicht mehr primär zum Zweck ihrer Benutzung durch Wohnen gebaut werden, und beschreibt damit den Siegeszug des Neoliberalismus auch und gerade in jener Stadt, die bis heute weltweit für ihren sozialen Wohnbau bekannt ist.

Damit ist Wien gemeint. Und genau hier liegt nun der Kontext für die zweite der beiden Siegesinschriften: Auf den Fassaden der zahlreichen historischen Wohnhöfe des Roten Wien, der sozialdemokratischen Gemeindebauten der Zwischenkriegsjahre 1922–1933, findet sich in bis heute gut lesbaren großen roten Relief-Buchstaben der strukturell immer gleiche,

Radikale, rebellische Städte

wie folgt oder ähnlich lautende Schriftzug: „Erbaut von der Gemeinde Wien in den Jahren 1924/25 aus den Mitteln der Wohnbausteuer“ (Abb. 2). Bemerkenswert ist vor allem der Hinweis auf die Wohnbausteuer, in dem mit Stolz verkündet wird, woher die Mittel für diese Bauten kamen – nämlich aus einer höchst progressiven Umverteilungssteuer.

Um nun zu meiner Montage zweier im heutigen Wien anzutreffender Siegesinschriften auf Wohnhausfassaden eine erste Interpretation zu formulieren: Während der aktuelle Werbeslogan über den Wert und die Verfügbarkeit von großstädtischem Betongold einen erst kurz zurückliegenden (und weiter andauernden) Sieg des Neoliberalismus hinausposaunt, erinnern quasi gleich nebenan, durchaus auch in zentrumsnahen Gegenden, die historischen Fassadeninschriften des Roten Wien – und zwar in einer bislang noch viel größeren Anzahl – an einen Sieg bzw. an eine Reihe von Siegen, die in einem politischen Konflikt erkämpft wurden: in einem Hegemoniekonflikt, der schwerpunktmäßig ein Klassenkampf war, den die Sozialdemokratie als Fast-Alleinvertreterin des Wiener Proletariats führte.

Aus Steuerhoheit wird Umverteilungspolitik

Im Sinne von Politik als Hegemoniekonflikt zeigt sich hier die Situation, dass eine eigentlich einfache finanzierungstechnische Maßnahme der Stadtverwaltung so aufgeladen wird – nicht zuletzt durch die leuchtend roten Anschreiben in Form von Fassadeninschriften –, dass sie zum Ausdruck eines umfassenden und kämpferischen politischen Programms wird. Das wird durch einen Vergleich klarer: Seit der Nachkriegszeit werden auf Gemeindebauten nur noch kleine, nüchtern gehaltene Hinweistafeln mit einer kurzen Liste von Informationen angebracht – sinngemäß: erbaut wann, unter Bürgermeister X oder amtsführendem Stadtrat Y. Und diese Tafeln bieten sich der Alltagswahrnehmung als rein technische „Quellenangabe“ an (wie eine leicht überlesbare Fußnote zu einem Haus) – obwohl auch diese Häuser zumindest teilweise mithilfe von Steuermitteln erbaut wurden. Was aber wegfällt, ist das, was im Roten Wien der 1920er und frühen 1930er Jahre stark präsent ist: eine klare politische Ansage, nicht zuletzt die Deklaration eines „Sieges“ im Klassenkampf,

der als Umverteilungskampf geführt wurde. In den Inschriften des Roten Wien steckt nicht nur eine technische Information, es sind in den roten Buchstaben mehrere Komponenten roter (sozialdemokratischer) Politik an die Fassaden geheftet: Da ist nicht nur die technische Komponente des Steuerwesens und die administrative Komponente der Lösung eines sachlichen Problems, dessen sich ein Gemeinwesen annimmt (Wohnungsnot); sondern ins Spiel kommen auch das Versprechen einer zu bauenden Welt – als solche verstand das Rote Wien sich und seine mitunter stadtteilgroßen, Hof-förmigen Wohn-Welten – und nicht zuletzt ein agonistisches Moment, dass nämlich implizit eine klare Gegnerschaft bezeichnet und in die Öffentlichkeit getragen wird. Die Fassadeninschriften lesen sich letztlich als die Aussage: Wir haben dem Kapital erfolgreich einen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum streitig gemacht und mit diesem Anteil dieses Haus errichtet.

Kurz zum historischen Kontext: Die Einwohner*innenzahl der Stadt Wien wuchs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ähnlich rasant wie heute. Der Alltag der Lohnabhängigen in der Stadt war geprägt von Wohnungsnot; „Bettgänger“ und die „Wiener Krankheit“ (Tuberkulose) galten als nachgerade lokalspezifische Phänomene. Nach dem Ersten Weltkrieg war Wien ab 1919 eine sozialdemokratisch regierte Stadt, ab 1920 inmitten eines christlich-sozial regierten und klerikal-konservativ geprägten Kleinstaats. 1922 wurde Wien zum eigenen Bundesland und erhielt damit jene verwaltungstechnische Grundvoraussetzung für die Wohnbaupolitik, die das Rote Wien wesentlich charakterisierte: Aus der Steuerhoheit der Stadt – zugleich: des Landes – Wien ergab sich unter anderem die Möglichkeit für kommunalen Wohnbau.

Allein: Steuerhoheit macht per se noch kein demokratisches Programm. Damit eine technisch-administrative Maßnahme über die Ebene der Verwaltung hinaus ein Teil von Hegemoniepolitik wird, ist es notwendig, dass sie sich mit anderen Maßnahmen zu einem Bündel von Forderungen, Projekten, Mobilisierungen und Zukunftsversprechungen verknüpft, die ideologisch und emotional stark aufladbar sind (vgl. Laclau/Mouffe 2001). Das Rote Wien verfolgte ein sozialistisches Reformprogramm mit großflächiger Umverteilungspolitik; das kommunale Wohnbauprogramm spielte darin eine hegemoniepolitisch wichtige Rolle. Dabei setzte die Politik des Roten Wien in der Umwälzung oder radikalen Reform weniger bei den Produktionsverhältnissen an als vielmehr im Alltag, in verschiedensten Bereichen dessen, was marxistisch „Reproduktion“

Radikale, rebellische Städte

hieß: von Gesundheit und Bildung über Soziales und Freizeit bis eben zum Wohnen. Das Vorhaben der Sozialdemokratie war gewissermaßen, zunächst das Arbeiter*innenglück auf Erden zu bauen, um damit die zukünftige Revolution zu befördern, oder anders formuliert: ein „langsameres Hineinwachsen in den Sozialismus“ (Blau 1999, S. 14, 19) – im Unterschied zum bolschewistisch-kommunistischen Modell der vorauseilenden Partei-Avantgarde, die in einem zugespitzten Moment die Staatsmacht an sich reißt.

In diesem Rahmen wurde die Steuerhoheit genutzt: Die zahlreichen kommunalen Investitionen wurden finanziert durch die vom Finanzstadtrat Hugo Breitner eingeführten und im Volksmund als „Breitner-Luxussteuern“ bezeichneten Steuern, ein groß angelegtes Umverteilungspaket. Ohne hier das gesamte Steuerpaket zu erörtern, will ich auf einige der Maßnahmen eingehen, die für heutige stadtplanerische und wohnungspolitische Kontexte relevant sind. Dem Wohnen wurde dabei Stück für Stück der Warencharakter genommen: Zunächst ermöglichte ab 1919 das Wohnungsforderungsgesetz – wohlgemerkt: „-forderung“, nicht „-förderung“ –, nicht belegte Wohnungen von den Eigentümer*innen einzufordern und an Wohnungssuchende zu vermieten.² (Wer denkt da nicht an die heutige Leerstandsproblematik?) Hinzu kamen Grundsteuer und Bodenwertabgabe (die ab 1930 auch bei unverbauten Grundstücken eingehoben wurden) sowie die Wertzuwachsabgabe, die den Weiterverkauf von Grundstücken deutlich weniger lukrativ machte. Diese Maßnahmen – kombiniert mit vehement betriebenen Mieter*innenschutz – bewirkten ein radikales Sinken der Bodenpreise und (weil sie die Profitmöglichkeiten einschränkten) einen Rückgang der privaten Bautätigkeit. Vor dem Hintergrund dieser Situation wird deutlich, was die Planungspolitik des Roten Wien von heute gängigen städtischen Planungsmodellen (nicht nur in Wien) unterscheidet: Käme bzw. kommt es heute zu einem Rückgang privater Bautätigkeit bei gleichzeitigem Stadtwachstum (sprich: Wohnungsbedarf), dann sieht sich die Politik aufgerufen, private Bautätigkeit zu erleichtern und anzukurbeln, indem sie die Profitmöglichkeiten für

2 Das stellt einen radikaleren Eingriff ins Eigentumsrecht dar als heute angewandte Stadtplanungsinstrumente. Das Wohnen war im Roten Wien aber keine private, sondern eine öffentliche, für die Kommune politische Angelegenheit, was die – für heutige Verhältnisse heftig wirkenden – Eingriffe in das Eigentumsrecht erklärt.

Kapitalinvestitionen ins Bauen verbessert. Das Rote Wien hingegen sah sich in den 1920er und frühen 1930er Jahren als Gemeinde gefordert, selbst tätig zu werden, also ein städtisches Wohnbauprogramm zu starten (per Gemeinderatsbeschluss 1923). Die gesunkenen Bodenpreise machten es zugleich nötig und auch möglich.

Als eine ausschließliche Zwecksteuer zur Finanzierung des Wohnungsbaus und zur Förderung des Siedlungswesens wurde schließlich die Wohnbausteuer eingeführt: Sie wurde grundsätzlich für jede Wohnung eingehoben, allerdings sehr progressiv – bis zu 300-mal mehr für eine Luxuswohnung als für eine kleine Arbeiter*innenwohnung (deren Mietzins durch die Politik des Roten Wien zudem sehr niedrig war). Diese Wohnbausteuer finanzierte einen Großteil der um die 64.000 in ganz Wien zwischen 1923 und 1933 entstandenen Wohnungen.³

Hier allerdings tut sich ein erstes Spannungsfeld auf: Die Gemeinde vergab die durch die Wohnbausteuer finanzierten Wohnungen derart günstig, dass sie damit auf eine Rückgewinnung der Baukosten verzichtete. Das ist bis heute ein Kritikpunkt. Aber nicht deshalb, weil das zu großzügig gewesen wäre, sondern vielmehr, weil das Wohnbauprogramm des Roten Wien damit von der Einhebung dieser Steuern abhängig blieb; kritischer formuliert: Es blieb abhängig davon, dass das kapitalistische Ungleichheitssystem beibehalten wurde.⁴ Die Architektur der Gemeindebauten überbrücke – so sieht es manche*r Kritiker*in – mit „radikalem Pathos, mit Symbolen proletarischer Macht“ den Widerspruch, dass die Sozialdemokratie auf das „kapitalistische Rationalitätsprinzip“ Rücksicht nehme. Ein solcher Einwand läuft darauf hinaus, dass den Sozialdemokrat*innen der Zwischenkriegsjahre an einem gedeihlichen Fortbestand des Kapitalismus gelegen sein musste und dass das mit ein Grund dafür war, dass die revolutionären Ansagen der Partei und der austromarxistischen Theoretiker*innen – auch das eine häufige Kritik – eine Pose oder Fassade waren. Angesprochen ist hier der historische Klassenkompromiss, Sozialismus fördert kapitalistische Interessen. Am prominentesten in der Architekturtheorie stark gemacht wurde diese Problematik von Manfredo Tafuri in seinem Text *Vienna Rossa* (1980). Ich meine aber, dass der Akzent der radikalen Umgestaltungspolitik, auch der Machtpolitik, beim Roten Wien anderswo liegt; anderswo als bei

3 Zu dieser enormen Bauleistung in kürzester Zeit vgl. Weihsman 1985, S. 99.

4 Gottfried Pirhofer argumentiert, dass die niedrige Mietenhöhe als indirekte Hilfe für exportorientierte Industrie agiert (Mazanek et al. 1982, S. 13).

der orthodoxen marxistischen Frage nach der „Letztinstanz“ – oder der Frage, ob das Kapital oder das Kollektiv über die „Produktionsmittel“ des gesellschaftlichen Reichtums verfügt. Es ging dem Roten Wien nicht um ein „Alles-oder-nichts“, sondern um das schon angesprochene „langsame Hineinwachsen“: Hier blitzt schon die Nähe zu Antonio Gramscis Konzept des graduellen „Stellungskriegs“ auf.

Zugleich entsteht vielleicht der Eindruck, dass mit den steuerökonomischen Ansätzen des Roten Wien, die ich hier angerissen habe, Politik mit einer Sache der richtigen Verteilung identifiziert wird, die quantitativ, fast mathematisch anzugehen wäre. Als wäre das Um und Auf von Politik die Frage nach der richtigen Höhe der Steuern und danach, wie viel damit für das Gemeinwohl finanziert, wie viele Wohnungen gebaut werden können. Das ist eine ganz und gar nicht unwichtige Frage. Aber ohne diese Arbeit am Gemeinwohl und einer Lösung für die Wohnungsnot geringzuschätzen, ist doch auch klar, dass die reinen Verteilungstechniken eine sehr reduzierte Form von Politik wären oder gar eine „polizeiliche“ Administrationstätigkeit. Würden wir die Steuer-Ökonomie allein in den Blick nehmen, würden wir der Politik – auch der Planungspolitik – des Roten Wien nicht gerecht. Es ging dem Roten Wien aber, schlicht gesagt, nicht nur um Finanz-Zahlen und institutionelle Verwaltungsabläufe, sondern um den Kampf um gesellschaftliche Hegemonie – im Bereich von Alltag und Kultur, mit dem zentralen Ansatzpunkt der Gestaltung (im weiten Sinn) des Wohnraums und Wohnumfelds.

Hegemonie in Alltag und Kultur

In einiger Hinsicht zeigen sich Parallelen zwischen der austromarxistisch-sozialdemokratischen Theorie und Politik des Roten Wien einerseits und der postmarxistischen politischen Philosophie von Antonio Gramsci, vor allem seinem Hegemoniekonzept.

Gramscis zeitgenössische Überlegungen zur Relevanz von Kultur und Alltagsleben in der Herstellung politischer Hegemonie sind ein wesentlicher Bezugspunkt für heutige radikaldemokratische Theorien des Antagonismus und der Hegemonie. Dass es bei Weitem nicht nur auf Eigentumsverhältnisse im ökonomischen Bereich ankommt, sondern vielmehr auf vielfältige Machtbeziehungen im Alltag, im Bereich der Kultur als Lebensweise und

Praktizierung von gelebten Wertsetzungen, das findet sich so in der Gramsci-Linie wie auch in einer Reihe von sowohl propagandistischen als auch eher theoretisierenden oder debattierenden Schriften der österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit (Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung 1981). Die Auseinandersetzung mit der „persönlichen Lebensgestaltung“, zwischen Lebensreform und Kulturrevolution angesiedelt, zielt auf die Herausbildung eines „Neuen“, „Sozialistischen Menschen“ (ebd., S. 37, 89, 179) insbesondere in Bereichen wie dem solidarisch-gemeinschaftlichen Alltagsleben, der Kindererziehung, proletarischen Freizeitgestaltung, Gesundheitspflege, der Körper- und Festkultur oder der Bildungspolitik, die teilweise wie eine Vorwegnahme heutiger Schulreformen wirkt (Abgehen vom Frontalunterricht, Fokus auf Gruppenarbeit etc.).

Diese Politik der Alltagskultur hängt nun eng mit Architektur und Planung zusammen. Das betrifft das kommunale Bauen, die größte Kulturleistung des Roten Wien: Neben den gezielt platzierten öffentlichen Bauten (wie etwa dem Amalienbad im Arbeiterbezirk Favoriten) sind das die bis heute stark stadtbildprägenden Wohnbauten und Wohnhöfe (teilweise auch Superblocks oder „rote Höfe“ genannt) – quer durch alle Wiener Gemeindebezirke. Mit dem Wohnungsbau ist also unmittelbar eine groß dimensionierte Stadtplanung verbunden, denn manche der betreffenden Wohnhöfe haben die Ausmaße ganzer Stadtteile. In diese großen Wohnhöfe wurden öffentliche Bereiche in Form von Sozialbauten und -räumen integriert. Zum Teil wurden die Wohnbauten als Nachbarschaften geplant, sodass z.B. der sogenannte Gürtel, die ringförmige Straße, die die (damalige) Vorstadt von den inneren Bezirken trennt, in Anlehnung an die großbürgerliche innenstädtische Ringstraße als „Ringstraße des Proletariats“ bezeichnet wurde. Schließlich war da auch ganz gezielte Standortpolitik am Werk, sowohl hinsichtlich der Positionierung von Infrastrukturen in proletarischen Gegenden als auch beim Einpflanzen proletarischer Wohnanlagen in bürgerlichen Bezirken (klassisches Beispiel: der Karl-Marx-Hof in Wien-Döbling).⁵

Diese Standortpolitik ist eines der vielen Elemente in der machtpolitischen Strategie der Sozialdemokratie, die langfristig angelegt war,

⁵ Das Amalienbad wurde bewusst „im Herzen des proletarischsten unserer Proletarierbezirke“ (Favoriten) gebaut (Frei 1984, S. 91). Der Karl-Marx Hof auf einer Wiese, die im Eigentum der Stadt Wien war. Dass diese Wiese mit einer großen „Burg“ verbaut wurde, war den Christlich-Sozialen ein Dorn im Auge.

Radikale, rebellische Städte

also Revolutionierung der Gesellschaft nicht durch einen blitzartigen, eruptiven Ausnahme-Akt, sondern als langwieriger Hegemoniekampf, vergleichbar eben dem Stellungskrieg-Konzept bei Gramsci. (Da kommt auch das Eindringen in feindliche Stellungen dazu, in diesem Fall als Eindringen in die Kulturhoheitsbezirke des bürgerlichen Gegners.) Was aber laut Alfred Georg Frei die ganze Zeit über fehlte, war ein geeignetes Enteignungsgesetz, das tatsächliche Standortpolitik möglich machen würde (vgl. ebd., S. 86; Weihsmann 1985, S. 161).⁶

In der Langzeitperspektive wird die finanzielle Austrocknung Wiens durch die konservativ regierten Bundesländer und den Bund ab 1930 deutlich, unter anderem mittels Kürzung der Finanzierung aus Bundessteueranteilen. Vergleiche mit der gegenwärtigen politischen Beziehung zwischen dem rot-grün regierten Wien und der nationalkonservativen ÖVP-FPÖ-Regierung im Bund liegen auf der Hand. Mit der schrittweisen Übernahme der Staatsmacht durch die austrofaschistischen Organisationen 1933/34 endete die Ära des Roten Wien. Noch vor dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAP) durch die austrofaschistische Regierung fand der soziale Wohnungsbau aus finanziellen Gründen sein frühzeitiges Ende. Ab 1934 wurden in Wien gemäß christlich-sozialem Wohnverständnis vorwiegend Eigenheimbau und Eigenversorgersiedlungen gefördert. Seit 1945 stellte die neugegründete SPÖ (Sozialistische bzw. seit 1991 Sozialdemokratische Partei Österreichs) in Wien wieder durchgängig den Bürgermeister und betrieb bis 2004 weiter kommunalen Wohnungsbau. Um die 50 Prozent der Wohnungen im heutigen Wien sind in Kollektivbesitz, also in kommunalem oder genossenschaftlichem Besitz,⁷ was mit ein gewisses Maß an „sozialer Durchmischung“ der Stadt, also eine Vermeidung von Ghettobildung, bewirkt und im Unterschied zu anderen europäischen Großstädten den neoliberalen Prozess der Gentrifizierung – Miet- und Preisexplosion beim Wohnen, Verteuerung der Stadt bis zur Unleisbarkeit für viele, Kapitalisierung der Innenstädte – verlangsamt und abmildert. Zudem geht sozialer Wohnbau in Wien nicht mit einer Stigmatisierung der Bewohner*innen einher (wie etwa im Fall des Ausdrucks „living in the projects“ in den USA), sondern ist bislang eine „ganz normale“ Wohnform.

6 Das heißt auch, dass die Standortpolitik durchaus sehr pragmatisch war und sich den verfügbaren Grundstücken anpasste.

7 Für eine gute Übersicht dazu siehe Bauer 2006, S. 21.

Kritik an Wiener Wohnverhältnissen ist heute also zum einen „Kritik auf hohem Niveau“ im Vergleich mit anderen Städten. Aber das macht Kritik keineswegs überflüssig, und ich setze mit meiner Kritik, die nicht zuletzt beim Erbe des Roten Wien ansetzt, auch grundsätzlicher an. Dazu noch einige Vorbemerkungen: Heute, angesichts rasant wachsender Wohnungspreise und der spezifischen Situation einer Zerschlagung der Strukturen europäischer Sozialstaaten durch neoliberale Politik, gibt es mancherorts fast so etwas wie „Revivals“ des Roten Wien, speziell in Bezug auf den Wohnbau. Mitunter wird das Rote Wien sowie die Wiener Wohnungspolitik⁸ bis heute als „Erfolgsstory“ exportiert, als Vorbild, von dem andere Stadtverwaltungen lernen könnten (etwa in Form der Ausstellung „Das Wiener Modell“) (Förster/Menking 2016).

Das macht Kritik am Roten Wien noch relevanter – Kritik an seinem Erbe, vielmehr Kritik als eine Art von Erbe. Während es einiges an Lektüre über den Paternalismus des Roten Wien gibt, tritt im aktuellen Kontext von Migration und der Verschärfung von rassistischen Ideologien und Politiken am Problem-Erbe des Roten Wien ein bislang wenig beleuchteter Aspekt in den Vordergrund. Es sind dies die diskriminierenden und rassistischen Ausschlüsse von Nicht-Wiener*innen durch entsprechende Zugangsbedingungen – im Sinne von „Wir ziehen euch den ethnisch Anderen vor“. Parallelen zwischen damals und heute sind frappant: So wie das Punktesystem zur Wohnungsvergabe im Roten Wien Einheimische (und Familien) als „Schutzmaßnahmen gegen (fremdländische) Zuwanderung“ bevorzugte,⁹ garantieren auch rund hundert Jahre später Zugangshürden, dass viele Menschen, die erst vor Kurzem nach Wien gezogen sind (also nicht nur Menschen, die nach Wien geflüchtet sind), keinen Zugang zu kommunalem oder gefördertem Wohnbau haben. Parallel zur zunehmend migrationsfeindlichen Politik in der EU verstärkte der seit 2018 amtierende Wiener Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ), vormals Wiener Wohnbaustadtrat, die „Wiener*innen zuerst“-Politik im

8 In Österreich wird heute auch bedingt durch den 100. Jahrestag der Gründung der Republik 1918 wieder verstärkt auf das Vermächtnis des Roten Wien zurückgegriffen.

9 Weihsmann listet die erreichbaren Punkten tabellarisch auf: Österreichische*r Staatsbürger*in zu sein, war einen Punkt wert, in Wien geboren zu sein, vier Punkte, seit 1914 ansässig zu sein, vier Punkte; für Obdachlose, Kriegsschädigte oder Gekündigte gab es jeweils fünf Punkte (Weihsmann 1985, S. 37).

Radikale, rebellische Städte

sozialdemokratischen Vorzeigebereich Wohnbaupolitik.¹⁰ Das hat durchaus seine Ironie, findet sich Wien doch heute in einer ähnlichen Situation wie in den 1930er Jahren wieder: als Enklave innerhalb eines rechts regierten Staatengebildes.¹¹

Mit einigen Streiflichtern auf den *neuen Munizipalismus* und *sanctuary cities* möchte ich deshalb auch enden: Bei den spanischen Gemeinderatswahlen 2015 zogen in mehrere Stadtparlamente Vertreter*innen feministischer und basisdemokratischer Politik-Bewegungen ein. Aus Selbsthilfe-Organisationen und sozialen Bewegungen (wie etwa dem Movimiento 15-M) in der spanischen Humanitätskrise entstanden, sind sie Teil der Stadtregierungen unter anderem von Madrid, Barcelona und Valencia und bilden eine Plattform sozialer (sozialistischer) und vor allem kommunaler Bewegungen. Diskutiert und theoretisiert werden sie unter dem Begriff „neuer Munizipalismus“.¹² Es handelt sich dabei um Bottom-up-Initiativen, die ganz bewusst „in die Institutionen gehen“, also hegemoniepolitisch (und nicht etwa in Form eines kommunitären „Exodus aus dem Staat“) und dabei experimentierfreudig auf lokaler Ebene an konkreten, auch institutionellen Alternativen zum globalen Neoliberalismus arbeiten; prominentestes Beispiel ist *Barcelona en Comú* (kat. für „Barcelona Gemeinsam“), deren Mitglied Ada Colau seit 2015 Bürgermeisterin von Barcelona ist.

Die neuen munizipalistischen Bewegungen und Stadtregierungen formulieren zum einen eine Alternative zu den restriktiven, sozial destruktiven neoliberalen Austeritätspolitiken, die von staatlichen Regierungen vor allem südeuropäischer Länder mit umgesetzt werden. Sie reagieren damit proaktiv auf eine Krise bezüglich der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums, auf ganz konkrete soziale Versorgungskrisen,

10 Erst ab 2006 öffnete die Wiener Stadtpolitik nach einer EU-Rüge die Gemeindebauten für EU-Bürger*innen. Seither wurde mit kommunalem Reglement dafür gesorgt, dass Wiener*innen bevorzugt werden. So war es bis vor Kurzem wichtig, mindestens drei Jahre an einer durchgängigen Adresse in Wien gemeldet zu sein, um für eine Gemeindewohnung in Frage zu kommen. Dies wurde unter Wohnbaurat Ludwig informell auf fünf Jahre erhöht, womit Zugezogene, die lediglich 3-Jahres-Mietverträge erhalten, auf Dauer vom Gemeindebau ferngehalten werden.

11 Ähnlich wie Wien sich Anfang 2019 gegen die Mindestsicherungskürzungen der Bundesregierung wehrt, würde der Stadt in Bezug auf den Zugang zum kommunalen Wohnbau eine klare Pro-Migrationspolitik gut stehen.

12 Im deutschsprachigen Raum etwa vom eicp-Netzwerk (Brunner et al. 2017) oder auch in Lisa Vollmers Artikel „Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus“ (Vollmer 2017).

insbesondere auch im Hinblick auf die Wohnungssituation, und stellen dem ein allgemeines *Recht auf Stadt* entgegen. Dies sowie die bereits angesprochenen Enklaven-Situationen (linke Stadt im rechten Land) machen neu-munizipalistisch geprägte Städte dem historischen Roten Wien vergleichbar. Allerdings, und das ist ebenso wichtig, zeigt dieser Vergleich auch gravierende Unterschiede, denn der neue Munizipalismus agiert auch als Alternative zu einer (sozialistisch-)paternalistischen Gouvernamentalität, und zwar in verschiedener Hinsicht: einerseits hinsichtlich einer ausgeprägten feministischen Ausrichtung (die sich auch in der starken Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen widerspiegelt), anderseits hinsichtlich einer basisdemokratischen Ausrichtung im Sinne eines möglichst umfangreichen Empowerments der Stadtbewohner*innen selbst. Die Verringerung der Distanz zwischen (meist intellektuellem) politischem bzw. Expert*innen-Personal und der Bevölkerung ist dabei ein ständiges Anliegen.

Dem immer wieder (auch schon gegenüber früheren basis- und radikaldemokratischen Politiken) vorgebrachten Einwand, solch umfassende, wenig mittelbare Beteiligungsprozesse seien kaum praktikabel, weil ineffizient im Hinblick auf die Bedürfnisse größerer Gemeinwesen, begegnen neue Munizipalisten mit einer Reihe von Ansätzen: Diese reichen von einem selbstverschriebenen „ethischen Codex“ (festgesetztes Durchschnittsgehalt von Mandatar*innen, Transparenz- und Rechenschaftspflichten, Verbot von Finanzierung durch große Banken etc.) bis zur gezielten Erprobung neuer Beteiligungsverfahren, im Wissen darum, dass die bislang praktizierten nicht perfekt sind. Komplementär zu diesem experimentellen Aspekt ihrer Politik umfassen munizipalistische Kämpfe zugleich – auch: zunächst und „lediglich“ – ein Wieder-Einfordern von vormaligen sozialstaatlichen Errungenschaften, so etwa die Forderung nach kommunalem oder genossenschaftlichem Wohnbau. Daraus resultieren konkrete Schritt-für-Schritt-Maßnahmen zur Re-Kommunalisierung öffentlicher Güter und Neudefinitionen des Konzepts „Gemeingut“. Allerdings mit einem starken Akzent auf Selbstverwaltung.

Wichtig an der Konzeption politischer Macht bzw. Hegemonie ist, dass der neue Munizipalismus das Regieren von Städten und Gemeinden nicht als einen Ersatz oder Nebenschauplatz zum politischen Handeln auf der (national-)staatlichen Ebene auffasst. Die Bewegungen verstehen sich nicht als „Gegengewicht“ zu einer „wahren Macht“, sondern als „neue Macht“, die das Potenzial der Größenordnung der Stadt anerkennt.

Radikale, rebellische Städte

Im Maßstab von Städten sei konsequente Sorgearbeit in den Nachbarschaften möglich und spürbar, institutionelle Apparate seien weniger verkrustet und könnten verändert werden. Das Projekt gilt einer Erweiterung (auch Radikalisierung) von Demokratie, mit Mitteln der (kritisch gehandhabten) repräsentativen Demokratie wie auch lokalen Partizipationsformaten wie Nachbarschaftsräten oder partizipativen Budgets (vgl. Brunner et al. 2017, S. 43ff.). Als „rebellische Städte“¹³ übernehmen im Sinn des neuen Munizipalismus geprägte Gemeinden dabei einige der Aufgaben, die von Nationalstaaten nicht erfüllt werden.

Dies wird am sichtbarsten beim Thema Migration. Während viele europäische Nationalstaaten daran arbeiten, ihre jeweiligen Grenzen zu militarisieren und zu schließen, sehen und formulieren die neuen munizipalistischen Bewegungen Migration als Potenzial, nicht als Problem; dies in dem Bewusstsein, dass es eben ohne Migration keine Stadt gibt. Weltweit organisieren sich seit Ende des 20. Jahrhunderts *sanctuary cities*, die aktiv gegen ausgrenzende staatliche Migrationspolitiken vorgehen. Unter ihnen finden sich heute Barcelona, italienische Städte wie etwa Palermo, mehrere britische Städte wie z.B. Sheffield, viele US-amerikanische Städte. Diese Städte engagieren sich mit kommunalen, lokalen Mitteln gegen staatliche Abschiebungspraktiken und für gleichen Zugang zu öffentlichen Gütern für alle, also auch für Geflüchtete und Sans-Papiers.

Sanctuary cities stehen unter Druck von konservativen oder rechtspopulistischen Nationalstaatsregierungen; die Ausfälle von US-Präsident Donald Trump gegen Städte, die seine inhumanen Abschiebungs- und Grenzregimes nicht mittragen, wurden notorisch, und Beispiele für Finanzpolitiken der „Austrocknung“ und Negativ-Kampagnen seitens rechter Regierungen häufen sich. Das ist mit ein Grund dafür, dass viele solcher Städte ihre lokalen, munizipalen Politiken in einem globalen Maßstab zu Allianzen verbinden, indem sie Städtenetzwerke gründen. Darauf zielt das Netzwerk der *fearless cities* (dabei wieder prominent Barcelona), die sich dem gegenwärtig hegemonialen rechtspopulistischen (Un-)Sicherheitsdiskurs samt Law-&-Order-Politik nicht anschließen. Ob *fearless*,

13 David Harvey (2013) spannt in seinem Buch *Rebel Cities* einen historisch weiten Bogen von der Pariser Commune über das Rote Wien und das Rote Bologna hin zu den gegenwärtigen rebellischen Städten Porto Alegre, Curitiba, El Alto etc.

sanctuary, „rebellisch“: Diese Städte verbinden Politik mit einer *popular agency* und sind selbst radikaldemokratische Akteur*innen.

Im Sinne radikaldemokratischer Hegemoniepolitik – von angemäßen Subjektivierungen über die Siegesinschriften des Roten Wien bis zu neu-munizipalistischen Ansagen von Ada Colau (Colau/Alemaný 2013) – geht es um das Festhalten, auch Inszenieren, von „kleinen großen Siegen“. Und zugleich geht es auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen um Fragen von Behaustheit und Unbehaustheit: um hegemoniepolitische Grundlagen einer Stadtplanungs- und Wohnbau-Politik zur Behebung massenweiser Unbehaustheit von Nicht-Besitzenden (wie im historischen Roten Wien); um die „Einhausung“ dieses Vermächtnisses in einer Geschichtspolitik des kritischen Erbens, die vor allem reflektiert, wer durch eine diskriminierende Zugangspolitik vom sozial geförderten Wohnraum ausgeschlossen wird und insofern unbehaust bleibt; und schließlich geht es um die Stadt als Maßstab einer munizipalistischen Politik, die als *sanctuary* Zufluchten bietet für durch Flucht unbehaust Gewordene, aber auch um die „rebellische Stadt“ als einen Kontext, in dem heute die Vermächtnisse egalitaristischer, radikaldemokratischer Strategien und sozialer Kämpfe des 20. Jahrhunderts aufgegriffen werden und dadurch gewissermaßen ein „Haus“ in der Gegenwart finden.

Radikale, rebellische Städte

Literatur

- Bauer 2006
 Bauer, Eva: Gemeinnütziger Wohnbau in Österreich. Zu Geschichte, Funktion und künftiger Perspektive, in: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Nr. 3, 2006, S. 20–27.
- Blau 1999
 Blau, Eve: The Architecture of Red Vienna, 1919–1934, Cambridge (MA)/London: MIT Press 1999.
- Brunner et al. 2017
 Brunner, Cristoph; Niki Kubaczek; Kelly Mulvaney; Gerald Raunig (2017): Die Neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte, Wien u.a.: transversal texts 2017.
- Colau/Alemaný 2013
 Colau, Ada/Adrià Alemaný: ¡Sí se puede!: Crónica de una pequeña gran victoria, Barcelona: Destino 2013.
- Förster/Menking 2016
 Förster, Wolfgang/William Menking: Das Wiener Modell: Wohnbau für die Stadt des 21. Jahrhunderts, Berlin: Jovis 2016.
- Frei 1984
 Frei, Alfred Georg: Rotes Wien: Austromarxismus und Arbeiterkultur; Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik 1919–1934, Berlin (West): DVK-Verlag 1984.
- Gramsci 1991ff.
 Gramsci, Antonio: Gefängnishefte, 10 Bde., Hamburg: Argument-Verlag 1991ff.
- Harvey 2013
 Harvey, David: Rebel Cities, London: Verso 2013.
- Kapfinger 2015
 Kapfinger, Otto: „You don't have to live in these apartments ...“ Luxuswohnen Rotenturmstraße, in: UmBau, Nr. 28 (Thema: Das Geschäft mit der Stadt. Zum Verhältnis von Ökonomie, Architektur und Stadtplanung), 2015, S. 120–121.
- Laclau/Mouffe 2001
 Laclau, Ernesto; Chantal Mouffe: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical

- Democratic Politics (1984), London/New York: Verso 2001.
- Mazanek et al. 1982
 Mazanek, Claudia; Gottfried Pirhofer; Wolfgang Pircher; Franz S. Schuh: Stadtbuch „Wien 1982“. Ein Almanach, Wien: Falter 1982.
- Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung 1981
 Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung. Texte aus der Zwischenkriegszeit, Hamburg: Junius 1981.
- Tafuri 1980
 Tafuri, Manfredo: Vienna rossa. La politica residenziale nella Vienna socialista, Mailand: Electa 1980.
- Vollmer 2017
 Vollmer, Lisa: Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus, in: sub/urban, H. 3, Jg. 5, 2017, S. 147–156.
- Weihsmann 1985
 Weihsmann, Helmut: Das rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934, Wien: Promedia 1985.

Abbildungsnachweise

- Abb. 1: © Foto: Renate Kordon, in: Kapfinger 2015, S. 120.
- Abb. 2: © Foto: Gabu Heindl.